

**Irak**

# US-Besatzung in Bedrängnis – Schröder pokert

Die Zahl der nach dem offiziellen Ende der Kampfhandlungen durch Guerillaangriffe getöteten US-Soldaten übertrifft mittlerweile die Anzahl der im Krieg gefallenen Soldaten der Invasionsstruppen deutlich. Nirgendwo können sich die Besatzungstruppen sicher fühlen. Fast täglich melden die Medien tödliche Angriffe auf US-Soldaten, manchmal regelrechte Gefechte. Massenverhaftungen und die meist blindwütige Tötung vermeintlicher Angreifer, oft völlig unbeteiligter Zivilisten, verstärken Ablehnung und Hass auf Seiten der irakischen Bevölkerung. Unbändige Wut rief jüngst die Erschießung von zehn irakischen Polizisten in Falludschah hervor, die im Dienst der USA standen: Diese waren bei der Verfolgung eines BMW, aus dem heraus auf das Büro des Bürgermeisters geschossen worden war, in das Feuer von im Hinterhalt liegenden amerikanischen Soldaten geraten, die blind drauflos feu-

rungsrats und anderer von ihnen eingesetzter Institutionen und Personen gewährleisteten. Zwar zählt die internationale Öffentlichkeit die im Dienst der USA getöteten Irakis nicht so sorgfältig wie die getöteten US-Soldaten. Doch der jüngste spektakuläre Angriff auf ein Mitglied des Regierungsrats offenbart die gewaltigen Probleme der Besatzungsmacht, auch nur annähernd so etwas wie stabile Verhältnisse herzustellen. Dabei sind solche Angriffe nur die Spitze eines Eisberges. Gewalt ist alltäglich und trifft vor allem die irakische Bevölkerung selbst. Manche Beobachter fürchten angesichts der Tatsache, dass gegenwärtig jede Woche an die 1000 Irakis gewaltsam zu Tode kommen – durch US-Soldaten, durch Mudschaheddin, durch Mord oder Raubmord –, dass das Land unter der US-Besatzung unaufhaltsam in den Strudel eines Bürgerkrieges gerät.<sup>2</sup>

Nach monatelang mehr oder weniger



**Müll auf den Straßen Bagdads**

erten. Obwohl sich die Polizisten durch Rufe und über Funk immer wieder auswiesen, feuerten die Besatzer weiter, Hunderte von Salven, eineinhalb Stunden lang; auch ein jordanischer Arzt aus dem nahegelegenen jordanischen Hospital, der den Verwundeten Hilfe leisten wollte, wurde erschossen. Noch größere Wut fast riefen der Zynismus und die Gleichgültigkeit hervor, mit denen die USA anschließend auf den Vorfall reagierten, als seien zehn getötete Irakis nicht der Rede wert und schon gar nicht einer Untersuchung.<sup>1</sup>

Noch weniger als ihre eigene Sicherheit können die USA die Sicherheit des von ihnen eingesetzten irakischen Regie-

zur Schau gestelltem Optimismus gesteht die US-Administration inzwischen selbst „ernsthafte Probleme“ des Besatzungsregimes ein. Tatsächlich funktioniert wenig. Davon zeugen die Müllberge in den Straßen Bagdads ebenso wie die immer wieder zusammenbrechende, kaum jemals funktionierende Stromversorgung in allen Teilen des Landes. Ein besonderes Problem ist die mangelhafte Wasserversorgung. Plünderungen und Sabotageakte sind an der Tagesordnung. Kaum glaubt die „Provisorische Zivilverwaltung“ der USA (CPA), Ölförderung und -export endlich angekurbelt zu haben, wird sie durch die Zerstörung von Pipelines oder in Brand gesteckte Ölfel-

der aus ihren Hoffnungen gerissen.

In diesen Tagen hat Bush beim amerikanischen Kongress nachträglich 87 Mrd. \$ zum Haushalt 2004 für den Irak und den Afghanistan-Einsatz<sup>3</sup> beantragt. Damit wächst das Haushaltsdefizit im neuen Etatjahr ab Oktober auf 535 Mrd. \$ und droht sich der 600-Mrd.-Grenze zu nähern. Experten sehen die USA in einer sich dramatisch zuspitzenden Haushaltskrise.

Einen erheblichen Teil der zusätzlichen 87 Milliarden verschlingt die Stationierung der US-Besatzungstruppen im Irak. Selbst wenn sie innerhalb der nächsten zwölf Monate von derzeit 180 000 auf 38 000 reduziert würden, würden Kosten von mindestens 8 Mrd. \$ entstehen. Doch an eine solche Reduzierung ist, wenn die USA die Besatzung aufrecht erhalten, nicht zu denken. Deshalb entwarf der Haushaltsausschuss des Kongresses auch mehrere Szenarien: Im härtesten Fall würden demnach zwei neue Heeresdivisionen aufgestellt und 85 000 bis 129 000 Soldaten auf längere Zeit im Irak stationiert werden, was neben den 19 Mrd. \$ für die Aufstellung der Divisionen jährlich 23 bis 29 Mrd. \$ zusätzlich kostet.<sup>4</sup> Ein nicht viel kleinerer Teil der beantragten zusätzlichen 87 Mrd. \$ soll in den Aufbau einer neuen irakischen Armee fließen. Nachdem sie die 500.000 Mann-Armee des Irak vor wenigen Monaten aufgelöst haben, beabsichtigen die USA jetzt, innerhalb eines Jahres eine 40.000 Mann starke, leicht bewaffnete Armee neu aufzustellen, die die Besatzungstruppen bei der Befriedung des Landes unterstützen soll. Zu diesem Zweck will die CPA ihren eigenen Beschluss aufheben und auch Offiziere der alten Armee wieder einstellen.

Nach diesen Planungen werden von den beantragten 87 Mrd. \$ insgesamt 66 Mrd. in den Militäreinsatz in Afghanistan und – vor allem – Irak fließen. Für den „Wiederaufbau“ beider Länder bleiben maximal 21 Mrd. – Experten schätzen den Bedarf aber auf 50 bis 75 Mrd. \$.<sup>5</sup>

Auf diesem Hintergrund verhandelt der UN-Sicherheitsrat über einen von den USA eingebrachten Resolutionsentwurf: Die USA drängen darauf, zum ersten dass sich weitere Staaten an einer „multinationalen Irak-Truppe“ beteiligen, wobei die oberste Befehlsgewalt bei den USA verbleiben soll; zum zweiten dass die UNO beim wirtschaftlichen Aufbau, bei der humanitären Hilfe und beim Aufbau nationaler und regionaler Institutionen eine „vitale Rolle“ einnehmen soll; zum dritten dass die Mitgliedstaaten der UNO sich am Wiederaufbau beteiligen. Demgegenüber fordern die BRD und Frankreich die schnelle Bildung einer irakischen Übergangsregierung, die der UNO verantwortlich ist; im Gegenzug könnten die USA das Kommando über die multinationale Besatzungstruppe behalten. Außerdem will Frankreich einen strikten Zeitplan: Bis Ende des

Jahres soll unter Aufsicht der UNO eine neue irakische Verfassung erarbeitet, spätestens nächstes Frühjahr Wahlen durchgeführt werden. Besonderes letzteres lehnen die USA bisher strikt ab.

Die Bundesregierung möchte ihre Irak-Politik als Beitrag zur Stärkung der UNO verstanden wissen. Eher aber vermittelt sie den Eindruck, die zunehmend prekäre Situation der USA und Großbritanniens erpresserisch auszunutzen. Vor der UNO-Vollversammlung und der angekündigten Schröder-Rede ist zu hören, dass der Bundeskanzler einen Ständigen Sitz im Sicherheitsrat beanspruchen wird.<sup>6</sup> Großbritannien wurde auf dem „Dreier-Gipfel“ Zustimmung zur deutsch-französisch vorangetriebenen „europäischen Verteidigungspolitik“ abgepresst (siehe S. 7). Der von den USA eingesetzte Regierungsrat hat inzwischen auch formell beschlossen, den Umbau des Irak in eine „freie und offene Marktwirtschaft“ zu beschleunigen und irakische Unternehmen für die Privatisierung freizugeben.<sup>7</sup> Für ausländische Investitionen soll es keinerlei Beschränkungen geben. Einzige Ausnahme ist der Ölsektor – hier behalten sich die USA die Kontrolle vor.

Aber was wird Schröder für seine Forderungen und die schon erreichten Zugeständnisse bieten? Offiziell lehnt die Bundesregierung weiterhin einen Bundeswehreininsatz im Irak ab. Aber hinter verschlossenen Türen und in der Öffentlichkeit wird auch die militärische Unterstützung für die USA längst erörtert. „Wer eine stärkere Rolle der UNO will, muss auch bereit sein, im Rahmen seiner Möglichkeiten Verantwortung zu übernehmen“, drängt z.B. Schäuble.<sup>8</sup> Ähnlich der Bundeswehrverband, der die Entsendung deutscher Soldaten für „sinnvoll“ hält, denn, so der Verbandsvorsitzende Gertz: „Wir haben dort auch wirtschaftliche Interessen.“<sup>9</sup> Die *Leipziger Volkszeitung* berichtete am 4.9., dass die USA und die NATO die BRD drängten, noch im Herbst über einen Militärbeitrag zu entscheiden. Es werde nicht mehr lange dauern, schrieb das Blatt unter Berufung auf „Kabinettskreise“, bis die Verantwortlichen „auf Knien“ um Unterstützung bäten. Das klingt nach Hochmut, nicht nach Ablehnung. scc

1 Robert Fisk, Ein Rätsel – und die USA beieilen sich nicht mit der Auflösung, Independent / ZNet 14.9.

2 Robert Fisk, Bürgerkrieg, Independent / ZNet 1.9.

3 Inzwischen kontrollieren die Taliban wieder größere Teile im südlichen Afghanistan. Dort stationierte US-Basen werden täglich angegriffen. Quelle: Die Welt, 23.9.

4 Kurier, 3.9.03

5 Financial Times Deutschland, 19.9., USA geraten wegen Irak in ernste Geldnot

6 Die Welt vom 23.9.

7 Zum Interesse und den Erwartungen deutscher Unternehmen siehe PB 18

8 Inforadio Berlin-Brandenburg, 25.8.

9 Hamburger Abendblatt, 5.9.

## USA: Friedensbewegung mobilisiert

Die beiden großen Zusammenschlüsse der Friedensbewegung in den USA, United for Peace and Justice und Act Now to Stop War & End Racism (ANSWER), mobilisieren für den 25. Oktober zu einer großen bundesweiten Demonstration in Washington für die Beendigung der Besetzung des Irak. Zahlreiche weitere Organisationen der Friedensbewegung, der Bürgerrechtsbewegung, der Gewerkschafts- und anderer sozialer Bewegungen sowie Gruppen von Angehörigen der Soldatinnen und Soldaten und Kriegsveteranen haben sich dem Aufruf mittlerweile angeschlossen.

Neben dem Besatzungsregime steht der mit der militärischen Expansion nach außen eng verbundene „Krieg zu Hause“, der Angriff auf Bürgerrechte und soziale Errungenschaften, im Zentrum der Kritik. Der Gewerkschaftsdachverband von San Francisco zum Beispiel ruft unter den Losungen auf: Sofortige Beendigung des US-/britischen Krieges und der Besetzung des Irak! Holt die Truppen nach Hause – jetzt! Aufhebung des Patriot Act und anderer unterdrückerischer Gesetze! Verlagerung der nationalen Prioritäten auf die Bedürfnisse der Menschen in diesem Land. Wir brauchen Jobs und wirkliche Sicherheit, nicht Militarismus und Hegemoniestreben! Amerikanische Soldaten töten und werden getötet in einem Krieg, heißt es in dem Aufruf, der nur den Interessen der amerikanischen Ölmonopole und der Eliten dient.

Derweil hat zum ersten Mal ein Stadtrat mit großer Mehrheit die Einleitung eines Absetzungsverfahrens gegen Präsident Bush gefordert. Es handelt sich um den Stadtrat von Santa Cruz in Kalifornien, der vor Monaten auch die erste Resolution gegen den (drohenden) Irak-Krieg verabschiedet und damit der Cities-for-Peace-Bewegung (wir berichteten) großen Auftrieb gegeben hatte. Der Stadtrat folgte mit seiner jüngsten Resolution der Forderung verschiedener sozialer Organisationen. Ein Sprecher des Weißen Hauses sah sich zu der Erklärung genötigt, dass die Leute das Recht auf ihre eigene Meinung hätten, ansonsten aber werde die Politik der Regierung von einer großen Mehrheit der Amerikaner unterstützt.

Jüngsten Meinungsumfragen zufolge ist die Zustimmung zur Amtsführung Bushs auf 52% gefallen – damit liegt sie 11 Prozentpunkte niedriger als im Mai diesen Jahres.